Copyright: Ulrich Breitbach

*Ulrich Breitbach**

Für Einheit und sozialen Fortschritt

Die Geschichte der Oberhausener IG Metall von den Anfängen bis zum Beginn des neuen Jahrtausends

2. Teil: 1914 - 1918

Inhalt

2. 1914 – 1918…….S. 15

2.1. Oberhausener Metaller zu Beginn des ersten Weltkriegs…… S. 16

2.2. Die erste Kriegshälfte……...S. 19

2.3. Unruhen und Streiks in der zweiten Kriegshälfte…….S. 22

2. 1914 – 1918

Oberhausen Ende Juli 1914: Tausende versammeln sich täglich auf dem Altmarkt, singen patriotische Lieder und fiebern dem Krieg entgegen. Der liegt in der Luft, nachdem in Sarajewo der österreichische Thronfolger von einem serbischen Nationalisten erschossen worden ist. Vermutlich befinden sich auch viele Metallarbeiter in der Menge. Denn ein großer Teil der Gewerkschaftsbewegung übt in diesen Sommertagen den Schulterschluss mit den herrschenden Mächten des Kaiserreiches. Das gilt für den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein wie für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Sie haben sich vom vaterländischen Taumel anstecken lassen.

Copyright: Ulrich Breitbach

Kriegsbegeisterung 1914

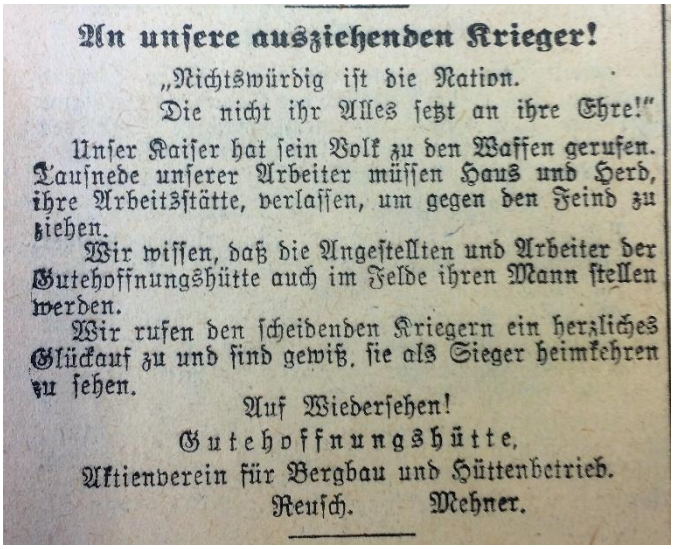
Doch auch der Deutsche Metallarbeiterverband in Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade äußert sich nicht kritisch zum drohenden Krieg. In Essen organisiert die sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung Ende Juli eine Demonstration gegen das drohende Völkergemetzel. Nichts dergleichen in den drei von der Gutehoffnungshütte dominierten Gemeinden an Ruhr und Emscher. Und das, obwohl der DMV wie die SPD für den Fall einer akuten Kriegsgefahr auf vielen Kongressen internationale Aktionen der Arbeiter Europas für den Frieden beschlossen hatte.

Am 1. August 1914 erklärt das deutsche Kaiserreich Russland den Krieg. Zwei Tage später folgt die Kriegserklärung an Frankreich. Ab dem 4. August befindet sich Deutschland auch mit Großbritannien im Kriegszustand. Am selben Tag stimmen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag für die Finanzierung des Krieges per Kredit. Auch die Gewerkschaftsführungen rücken an die Seite der kaiserlichen Regierung und erklären, für die Dauer der Kampfhandlungen auf Streiks zu verzichten.

2. 1. Oberhausener Metaller zu Beginn des ersten Weltkriegs

Der Krieg schnitt tief in alle betrieblichen Verhältnisse und Lebensbereiche der Arbeiterschaft ein. An erster Stelle natürlich in das Leben derjenigen meist jungen Männer, die ab Ende Juli zu Heer oder Marine des Kaiserreichs abkommandiert wurden. Viele gingen mit der

Vorstellung an die Fronten, nach wenigen Wochen siegreich und ruhmbedeckt zurückzukehren. Stattdessen landeten sie im Blut und Dreck der Schützengräben. In den ersten Kriegstagen wurden bei der GHH 5.879 Arbeiter und 374 Angestellte („Beamte“ im damaligen Sprachgebrauch) eingezogen. Auch für ihre Familien hatte das schwerwiegende Konsequenzen. Der Sold des einfachen Schützen des Kaiserlichen Heeres reichte für den Unterhalt von Frau und Kindern nicht aus. Die ergänzende staatliche Unterstützung war so knapp bemessen, dass die materielle Not nicht behoben wurde. Hinzu kamen ab 1915 zunehmende Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln. In den Arbeiterwohnungen wurde der Hunger zum Dauergast.



An unsere ausziehenden Krieger!

„Nichtswürdig ist die Nation.
Die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!“

Unser Kaiser hat sein Volk zu den Waffen gerufen. Tausende unserer Arbeiter müssen Haus und Herd, ihre Arbeitsstätte, verlassen, um gegen den Feind zu ziehen.

Wir wissen, daß die Angestellten und Arbeiter der Gutehoffnungshütte auch im Felde ihren Mann stellen werden.

Wir rufen den scheidenden Kriegern ein herzliches Glückauf zu und sind gewiß, sie als Sieger heimkehren zu sehen.

Auf Wiedersehen!

Gutehoffnungshütte,
Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb.
Reusch. Mehner.

Aus der Oberhausener Volkszeitung

In den Unternehmen führte der Krieg zur Umwälzung sämtlicher Abläufe. Zunächst hatte die Einberufung einer so großen Zahl von Arbeitern zwangsläufig die Einschränkung der Produktion zur Folge. So mussten in der Roheisenerzeugung der GHH vier von sieben Hochöfen stillgelegt werden. Der Ausstoß an Eisen und Stahl sank in den ersten Kriegsmonaten um mehr als ein Drittel der Vorkriegswerte, die Zahl der Belegschaftsangehörigen ging von 30.000 auf 20.000 Personen zurück.

Ab Ende 1914 begann dann die Umstellung der Produktion auf die Erfordernisse des Krieges. Als erste Abteilung boomte der Sterkrader Brückenbau, der durch Neubauten militärischer Eisenbahnstrecken und die Reparatur zerschossener Brücken in Belgien, Frankreich und Russland bald voll ausgelastet war. Es folgte die Herstellung von Granaten, Schrapnells, Wurfminen, Minenwerfern und Mantelrohren für Kanonen, schließlich die Fertigung von Lafetten und kompletten Geschützen. Der kaiserlichen Kriegsmarine wurden Schwimmdocks geliefert, dem Heer Hallen für Luftschiffe und Flugzeuge. Bei Stacheldraht, unverzichtbares Requisit des Stellungskrieges in Frankreich, deckte die GHH zehn Prozent des gesamten Armeebedarfs ab.

Der Aufschwung der Kriegsproduktion nach anfänglich drastischem Rückgang war nur möglich, weil sich die GHH wie alle anderen Großbetriebe ein neues, von der Industrie

Frauen in der Kriegsproduktion (Collage)

bisher weitgehend ungenutztes Reservoir an Arbeitskräften erschloss. Anfang 1915 begann man, gegen den akuten Arbeitermangel Frauen einzustellen, die wegen der miserablen materiellen Lage der Soldaten-Familien gezwungen waren, sich Arbeit zu suchen. Sie wurden ab Anfang 1915 überwiegend in der Sterkrader Geschossfertigung beschäftigt.

Die GHH war bestrebt, die Löhne und Arbeitsbedingungen der Frauen im Vergleich zu denen der Männer so weit wie möglich zu drücken, selbst wenn das mit den gesetzlichen Bestimmungen kollidierte. Reusch persönlich bestand darauf, den Frauen nur zwei Drittel des Akkordsatzes der Männer zuzugestehen. Auch gegen die Einführung der Achtstundenschicht für Frauen wandte er sich strikt. Zu einer Anordnung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten über die Verkürzung der Nachtschicht für Frauen bemerkte er nur: „Einführen werde ich die Achtstundenschicht nicht. Wir werden dann ja sehen, was die Herren [des Regierungspräsidiums – U. B.] weiter machen.“ Wie die Auseinandersetzung endete, ob sich Reusch (der im Übrigen auch Schutzvorschriften für Jugendliche außer Kraft setzen wollte) oder ob sich der Regierungspräsident durchsetzte, ist nicht bekannt.

Da die Beschäftigung von Frauen bei weitem nicht ausreichte, die dezimierte Belegschaft wieder aufzufüllen, griff der Konzern auch auf ausländische Arbeitskräfte zurück. Sie hatten zunächst einen regulären Arbeitsvertrag. Ab 1916 kam es dann zu Zwangsrekrutierungen von Arbeitern aus Belgien. Bereits 1915 wurden Kriegsgefangene zwangsweise zur Arbeit herangezogen. In manchen Abteilungen des Unternehmens war ihr Anteil an der Belegschaft erheblich. So waren im Winter 1917/18 im Walzwerk Oberhausen 950 deutsche Arbeiter und 180 deutsche Arbeiterinnen beschäftigt, sowie 413 belgische Arbeiter, 32 belgische Arbeiterinnen und 25 Griechen. Hinzu kamen 360 Kriegsgefangene, und zwar 142 Franzosen, 102 Russen, 41 Engländer, 32 Portugiesen, 21 Ukrainer, 13 Italiener und 9

Belgier. Die Kriegsgefangenen waren in bewachten Baracken auf dem Werksgelände untergebracht. Per Aushang hatte man ihnen 1915 mitgeteilt, dass Widerstand gegen die Einteilung zur Arbeit zwecklos sei: „Die Verrichtung aller Arbeiten, zu denen die Kriegsgefangenen herangezogen werden, wird im Bedarfsfalle durch die Anwendung von Gewalt von ihnen gefordert werden, selbst wenn die Gefangenen der Ansicht sein könnten, dass die Arbeiten sich auf Kriegslieferungen beziehen. (…) Im Falle der Weigerung wird man die Arbeit durch Strafen erzwingen."

Während also die Betriebe und die Belegschaft der GHH auf den Krieg umgestellt wurden, war der Generaldirektor des Werks mit der Festlegung von Kriegszielen und mit der Verteilung der Kriegsbeute beschäftigt. Die Einverleibung des belgischen Industriegebietes und der Hafenstadt Antwerpen in das Deutsche Kaiserreich hielt er für selbstverständlich. Auch forderte er die Angliederung des gesamten lothringischen Erzbeckens an Deutschland. Die westdeutsche Montanindustrie müsse eine möglichst hohe Beteiligung am französischen Stahlkonzern de Wendel zugesprochen bekommen. Kein Zweifel: Paul Reusch war im ersten Weltkrieg politisch ein Scharfmacher des kaiserlichen Imperialismus im Interesse der deutschen Schwerindustrie, wie er bereits vorher ein Scharfmacher gegen alle gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft gewesen war und Zeit seines Lebens blieb.

2.2. Die erste Kriegshälfte

Wie bereits erwähnt, gab es im Juli und August 1914 in Sterkrade, Osterfeld und Oberhausen keine gewerkschaftlichen Aktionen für den Frieden. Kritische Stimmen gegen den Verzicht der Gewerkschaftsführung auf Lohnkämpfe und Streiks sind für die erste Phase des Krieges nicht überliefert. Die GHH scheint ihrerseits einiges zur Beruhigung der Bevölkerung unternommen zu haben und war dabei offensichtlich bemüht, sich als Unternehmen zu profilieren, das auch die Familien einberufener Arbeiter nicht im Stich lässt, sondern ihnen selbstlos unter die Arme greift.

An staatlicher Unterstützung gab es für die Ehefrauen von Soldaten im Sommerhalbjahr neun und im Winterhalbjahr zwölf Mark pro Monat sowie für jedes Kind weitere sechs Mark. Das reichte kaum zum Leben. Im Oberhausener Generalanzeiger ließ die Hütte dann die Öffentlichkeit am 3. August 1914 wissen: „Wir halten es für unsere Pflicht, den Familien der zur Fahne einberufenen Mannschaften eine weitere Unterstützung zuteil werden zu lassen, und beabsichtigen, zu diesem Zweck eine Unterstützungskasse ins Leben zu rufen." Zu teuer durfte es aber nicht werden. Also hatte die Belegschaft die gleiche Summe für die Kasse aufzubringen wie die Hütte. Zwei Mark pro Person sollten die Beschäftigten pro Monat

beisteuern. Aus der Kasse sollten bedürftige Familien von Werksangehörigen einen Zuschuss bis zur Höhe der staatlichen Unterstützung erhalten. Zugesichert wurde auch, dass die Familien der Einberufenen in den Wohnungen der Hütte bleiben konnten. Für die Familien, die nicht in Werkswohnungen wohnten, wollte sich die GHH bei den Hauseigentümern um Mietminderung bemühen und eventuell einen Teil der Miete übernehmen. Der Einkauf im Werkskonsum und in der Fleischhalle und die Benutzung des Werkskindergartens („Kleinkinderschule“) war den Angehörigen der eingezogenen GHH-Arbeiter weiter gestattet. Zugesichert wurde schließlich eine Werksrente für alle durch Kriegseinwirkung arbeitsunfähig gewordene Belegschaftsangehörige. Frauen und Kindern Gefallener versprach man die Gleichstellung mit den Hinterbliebenen von im Dienst der GHH Gestorbenen.

Inwieweit die Familien tatsächlich von den vollmundigen Ankündigungen der GHH profitiert haben, ist unklar. Sicher ist dagegen, dass die Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Lebensmitteln schon bald zum großen Problem wurde. Bereits zu Kriegsbeginn hatte es neben dem vaterländischen Hurra-Geschrei auch Hamsterkäufe gegeben. Oberhausener Lebensmittelgeschäfte waren regelrecht gestürmt worden, weil die Hausfrauen fürchteten, bald das Lebensnotwendigste nicht mehr zu bekommen. Die Händler verweigerten aus Furcht vor Geldentwertung mitunter ihrerseits die Annahme von Papiergeld, was die Panik nur steigerte. Die von kommunaler Seite in den ersten Kriegswochen ergänzend zu den staatlichen Zuwendungen ergriffenen Maßnahmen konnten nicht wirklich beruhigen. Die Oberhausener Volkszeitung erwähnt Beträge in Höhe von zwei Dritteln der staatlichen Unterstützungssätze. Außerdem sei beabsichtigt – so die OVZ -, in Volksküchen warmes Essen auszugeben.

Im März 1915 unternahm der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften den Versuch, die planmäßige Einschränkung der staatlichen und der kommunalen Unterstützung zum Sommerhalbjahr, die sich zusammen auf 4 Mark 50 pro Soldatenfrau summierte, abzuwenden. Er verfasste eine Eingabe an den Stellvertreter des Reichskanzlers, in der er ausführte: „Die Preise für unentbehrliche Lebensmittel wie Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Fleisch sind in der letzten Zeit so enorm gestiegen, dass jetzt schon in vielen Kriegerfamilien ein tatsächlicher Notstand vorhanden ist.“ Die Regierung möge die Winterunterstützung doch wenigstens nicht kürzen, wenn schon eine allgemeine Erhöhung, die von den Christlichen Gewerkschaften bereits im Oktober 1914 beantragt worden war, nicht durchführbar sei. Die Eingabe blieb wohl ohne Erfolg.

Vermutlich hatte eine Eingabe der Verwaltungsstelle Duisburg des CMV, zu der Oberhausen gehörte, kein anderes Ergebnis. In ihr führte der Verband aus, dass „mindestens 90 Prozent der Metallarbeiter heute nicht mehr verdienen, wie in normalen Zeiten“, obwohl die

Geschäftslage der Unternehmen der Metallindustrie durch die zahlreichen Heeresaufträge nach den Schwierigkeiten der Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion einen „vollständigen Umschwung“ erlebt habe. Mehrverdienst werde nicht durch eine Steigerung der Stundenlöhne oder Akkorde erzielt, sondern nur „durch Über- und Sonntagsarbeit sowie durch eine bis an die Grenze des Äußersten gehende intensive Arbeitsweise.“ Unter dem Strich habe sich die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch Preiserhöhungen verschlechtert. Diese Beschreibung der Lage verband der CMV nun nicht etwa mit einer Kritik am Krieg. Im Gegenteil: Er blieb bei dessen energischer Unterstützung, wie er sie bereits Ende Juli/Anfang August 1914 vertreten hatte. So heißt es in dem betreffenden Artikel der Oberhausener Volkszeitung von Ende März 1915: „Weil aber die Herstellung des Kriegsmaterials eine ebenso wichtige Arbeit ist, wie der Dienst im Felde, deshalb betrachtet die Arbeiterschaft ihre Arbeit als eine patriotische Pflicht und nimmt gerne die geforderten Anstrengungen auf sich.“ Man habe Eingaben an „45 Betriebe der Metallindustrie des hiesigen Bezirks“ für die „Einführung von Teuerungszulagen für alle Arbeiter, oder doch wenigstens für die geringer bezahlten, gerichtet.“ Eine Reihe von Firmen habe mitgeteilt, dass sie bereit seien, „der Anregung stattzugeben. Da die hiesige Metallindustrie durchweg mit lohnenden Aufträgen versehen ist, wollen die Arbeiter, dass ihre Wünsche von allen Betriebsleitungen berücksichtigt werden.“

Ob Oberhausener Unternehmen unter den 45 Betrieben waren, wird weiter nicht erwähnt. Die Oberhausener Volkszeitung berichtete aber im April 1915, dass die Hütte ihren verheirateten Angestellten „eine Kriegs-Teuerungszulage von 10 Prozent des Gehalts bewilligt“ hat. Von den Arbeitern war nicht die Rede. Sie sind wohl leer ausgegangen.

Durch die Oberhausener Volkszeitung sind einige Informationen über das Organisationsleben des CMV in den ersten Kriegsjahren überliefert. Versammlungen scheinen in Oberhausen und Sterkrade ohne größere Unterbrechungen stattgefunden zu haben. Selbst in Schmachtendorf trafen sich christliche Metallarbeiter regelmäßig in der Gaststätte Küper an der Schmachtendorfer Straße. Allerdings sei die Mitgliedschaft „durch Einberufungen stark mitgenommen“, hieß es im Mai 1915. Es herrsche aber „nach wie vor ein prächtiger Gewerkschaftsgeist“. Trotz der schwierigen Umstände gelang es sogar, die Organisation weiter aufzubauen. So konnte in Osterfeld eine Zahlstelle gegründet werden, die um die Jahreswende 1915/16 mit bereits hundert Mitgliedern startete und häufig bei Koopmann an der Kniestraße tagte. Ein Jahr später meldete Sterkrade 952, Oberhausen 168 und Schmachtendorf immerhin noch 38 Neuaufnahmen. Die Gewerkschaftsarbeit lief also den Krieg hindurch weiter. Ihr Rückgrat waren die Vertrauensleute, die wöchentlich den Beitrag kassierten und die Gewerkschaftszeitung verteilten – wahrscheinlich in der Regel per

Copyright: Ulrich Breitbach

Hausbesuch. Für den Deutschen Metallarbeiterverband kann eine vergleichbare Entwicklung angenommen werden.

2.3. Unruhen und Streiks in der zweiten Kriegshälfte

1916 war an die Stelle der Begeisterung des Kriegsbeginns längst Ernüchterung getreten. Nur die offizielle Propaganda versuchte trotz der zunehmend prekärer werdenden Umstände an den Fronten und in Deutschland weiterhin Zuversicht zu verbreiten. Viele glaubten ihr wohl nicht mehr, vor allem nicht in der Arbeiterschaft.

— 1333 —

Reichs-Gesetzblatt

Jahrgang 1916

№ 276

Inhalt: Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. S. 1333.

(Nr. 5595) Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Vom 5. Dezember 1916.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1

Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

§ 2

Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst herausgezogen werden.

§ 3

Die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt dem beim Königlich Preußischen Kriegsministerium errichteten Kriegsamt ob.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst

Die Reichsregierung räumte den Ernst der Lage ungewollt ein, als sie im Dezember 1916 eine Friedenserklärung an die Kriegsgegner richtete. England, Frankreich und Russland wiesen sie zurück, weil sie keine konkreten Aussagen z. B. über die von Deutschland besetzten Gebiete enthielt. Das Deutsche Reich reagierte auf die Ablehnung mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, der einige Wochen später zum Eintritt der USA in den Krieg führte. Bereits Anfang Dezember hatte die Reichsregierung ein Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst erlassen. Es schaffte die freie Wahl des Arbeitsplatzes ab und führte für alle Männer zwischen 17 und 60 Jahren, die nicht in der Landwirtschaft arbeiteten oder zur Armee eingezogen waren, die Arbeitspflicht in den Unternehmen der Kriegswirtschaft ein. Außerdem sah das Gesetz die Einrichtung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten vor. Was wie die Erfüllung einer alten gewerkschaftlichen Forderung erschien und von manchen Gewerkschaftsführern auch so begrüßt wurde, sollte die Gewerkschaften tatsächlich zu Gehilfen bei der Steigerung der

Rüstungsproduktion machen. Doch die Rechnung, die Arbeiterausschüsse würden zur Beruhigung der immer angespannteren Lage in den Betrieben beitragen, ging nicht auf. Ab 1916 nahm die Zahl der Streiks und der an ihnen beteiligten Belegschaften in der Industrie zu.

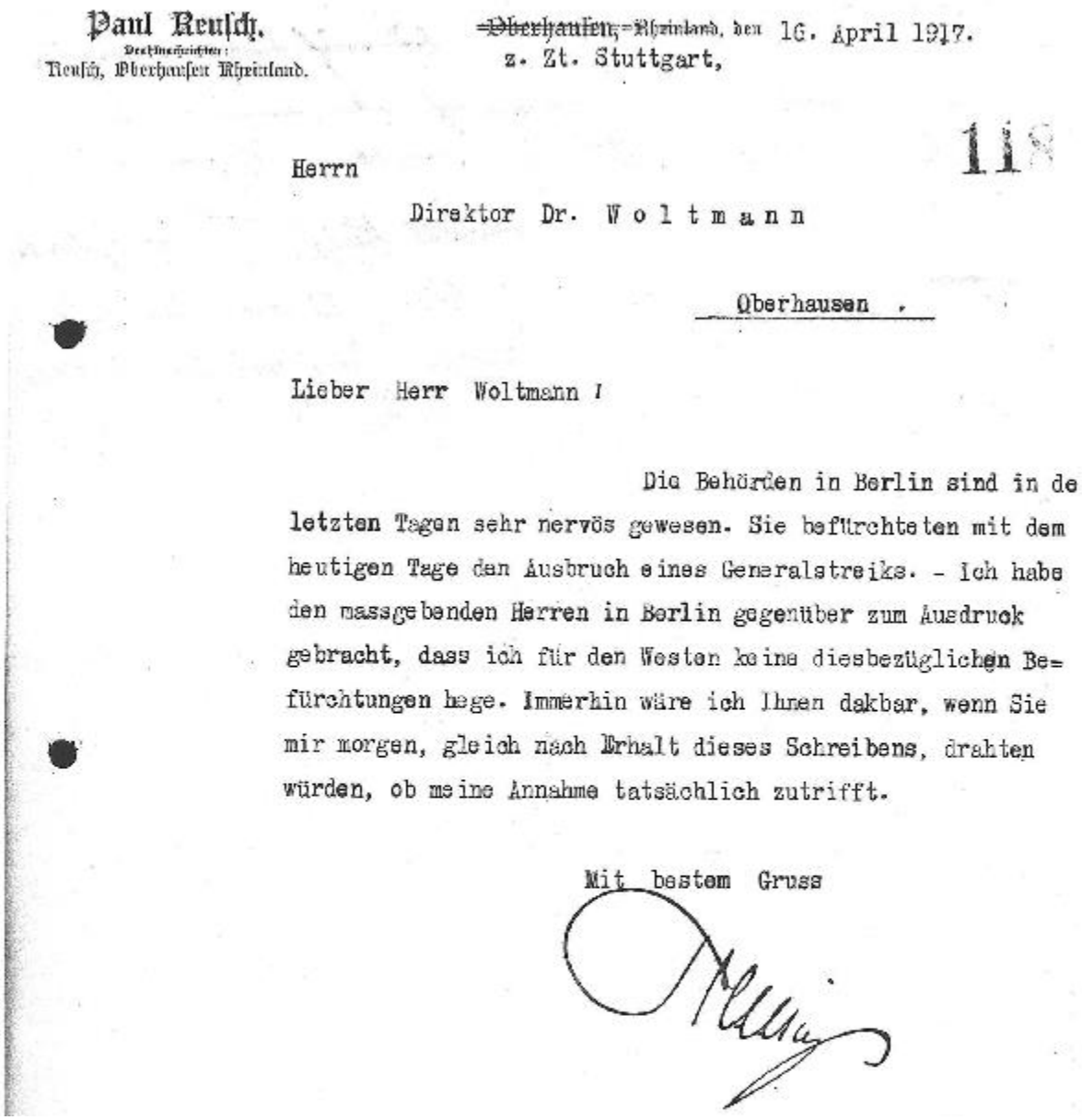
Arbeitskämpfe auf der GHH

Ausweislich der Akten der Gutehoffnungshütte begannen die Unruhen und Arbeitsniederlegungen in den Betrieben der GHH im April 1917 auf der Zeche Jacobi in Osterfeld. Im Juni verzeichnete das betriebsinterne Nachrichtenwesen dann die Verweigerung von Sonntagsarbeit im Walzwerk Neu-Oberhausen. Im September 1917 legten Kollegen des Walzwerks erneut die Arbeit nieder. Im November traten Arbeiter des Thomaswerks und die Maschinisten des Martinwerks II zweimal in den Ausstand. Auch Neu-Oberhausen verweigerte wieder die Arbeit. Im Dezember streikten dann abermals die Kollegen des Thomas-Stahlwerks.

Was waren die Ursachen und Hintergründe dieser Aktionen? Die Hüter der kaiserlichen Ordnung hatten auf diese Frage eine einfache Antwort, z. B. das Essener Polizeipräsidium, das die Streiks für das Resultat „geheimer Agitation gewissenloser Hetzer“ hielt. Offensichtlich war aber die zunehmend unerträgliche Versorgungslage der Grund, der Teile der Belegschaft in Aktionen trieb. Jedenfalls lautete die erste Forderung, die bei den Arbeitsniederlegungen in der Regel aufgestellt wurde: Erhöhung von Löhnen bzw. Zahlung von Zulagen, insbesondere für Sonntagsarbeit. Anscheinend hoffte man, mit mehr Geld auch mehr Lebensmittel kaufen zu können, was aber wegen der Versorgungslage oft nicht zutraf. Ab November 1917 trat dann die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit hinzu, nachdem die Schichten in den Stahlwerken verlängert worden waren. Mehrfach wurde dort deshalb die Sonntagnachtschicht verweigert.

Die Beamten des Konzerns, allen voran die Direktoren mit Generaldirektor Paul Reusch an der Spitze, bekämpften jede Arbeitsniederlegung mit großer Härte. Sie sahen die Ursache der Aktionen nicht etwa im Krieg und seinen Folgen für die Ernährung der Zivilbevölkerung, sondern – wie Reusch es ausdrückte – in der „verfehlten Behandlung der Massen.“ Schuld seien Arbeiterführer, die ihre ganze Tätigkeit darauf richteten, Unruhe und Unzufriedenheit in die Arbeiterschaft zu tragen. „Die Arbeiter sollen in die Hände spucken und mehr als bisher ihre Schuldigkeit tun“, meinte der Konzernlenker. Ein leerer Magen fiel für ihn nicht ins Gewicht. Seiner war stets gut gefüllt.

Copyright: Ulrich Breitbach



Paul Reusch.
Reichstagsabgeordneter:
Reusch, Oberhausen Rheinland.

~~Oberhausen~~, Rheinland, den 16. April 1917.
z. Zt. Stuttgart,

118

Herrn

Direktor Dr. Woltmann

Oberhausen.

Lieber Herr Woltmann!

Die Behörden in Berlin sind in de letzten Tagen sehr nervös gewesen. Sie befürchteten mit dem heutigen Tage den Ausbruch eines Generalstreiks. - Ich habe den massgebenden Herren in Berlin gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass ich für den Westen keine diesbezüglichen Befürchtungen hege. Immerhin wäre ich Ihnen dakbar, wenn Sie mir morgen, gleich nach Erhalt dieses Schreibens, drahten würden, ob meine Annahme tatsächlich zutrifft.

Mit bestem Gruss

Reusch und Direktor Woltmann über die Streiklage

Was die Behandlung der Massen anging, hatte Reusch ganz konkrete Vorstellungen: Wer aufmuckte, gehörte an die Front geschickt. So bemühte sich die GHH beim Generalkommando des Heeres in Münster um die Einziehung von 28 Kollegen aus Thomaswerk und Martinwerk II, die im November 1917 gestreikt hatten. Das Militär zögerte jedoch, fürchtete möglicherweise Probleme in der kriegswichtigen Produktion, wenn Leute eingezogen wurden, oder hatte vielleicht wenig Interesse daran, sich renitente Individuen in die Schützengräben zu holen.

Copyright: Ulrich Breitbach

Oberhausen, den 18. April 1917.

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE
EINGANG 18. APR. 1917
ABTEILUNG 115

Lieber Herr R e u s c h !

Ich telegraphierte Ihnen gestern:

" Im Ruhrrevier herrscht Ruhe. Auch auf GHH alles ruhig. Nur
" auf Jacobischächten haben wir heute Schwierigkeiten gehabt,
" die jetzt behoben sind. Bericht folgt morgen. "

Herrn Generaldirektor Funcke p.p.

Die Arbeiter haben heute Morgen auf den Jacobischächten sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen. Einen Bericht von Herrn U n t e r b e r g füge ich bei.

Auf Zeche Osterfeld haben die Leute heute Morgen ähnliche Schwierigkeiten wie gestern auf den Jacobischächten gemacht. Die Leute sind zur Waschkaue gekommen, haben dann aber die Arbeit nicht angetreten. Die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß haben ergeben, dass die Ausschußmitglieder von den Agitatoren gedrängt werden, wegen Lohnforderungen an den Schlichtungsausschuß zu gehen. Die Ausschußmitglieder sind sich aber noch nicht einig und sollen heute durch eine Belegschaftsversammlung vergewaltigt werden. Herr F u n c k e ist der Meinung, dass die Leute morgen wieder zur Arbeit gehen werden.

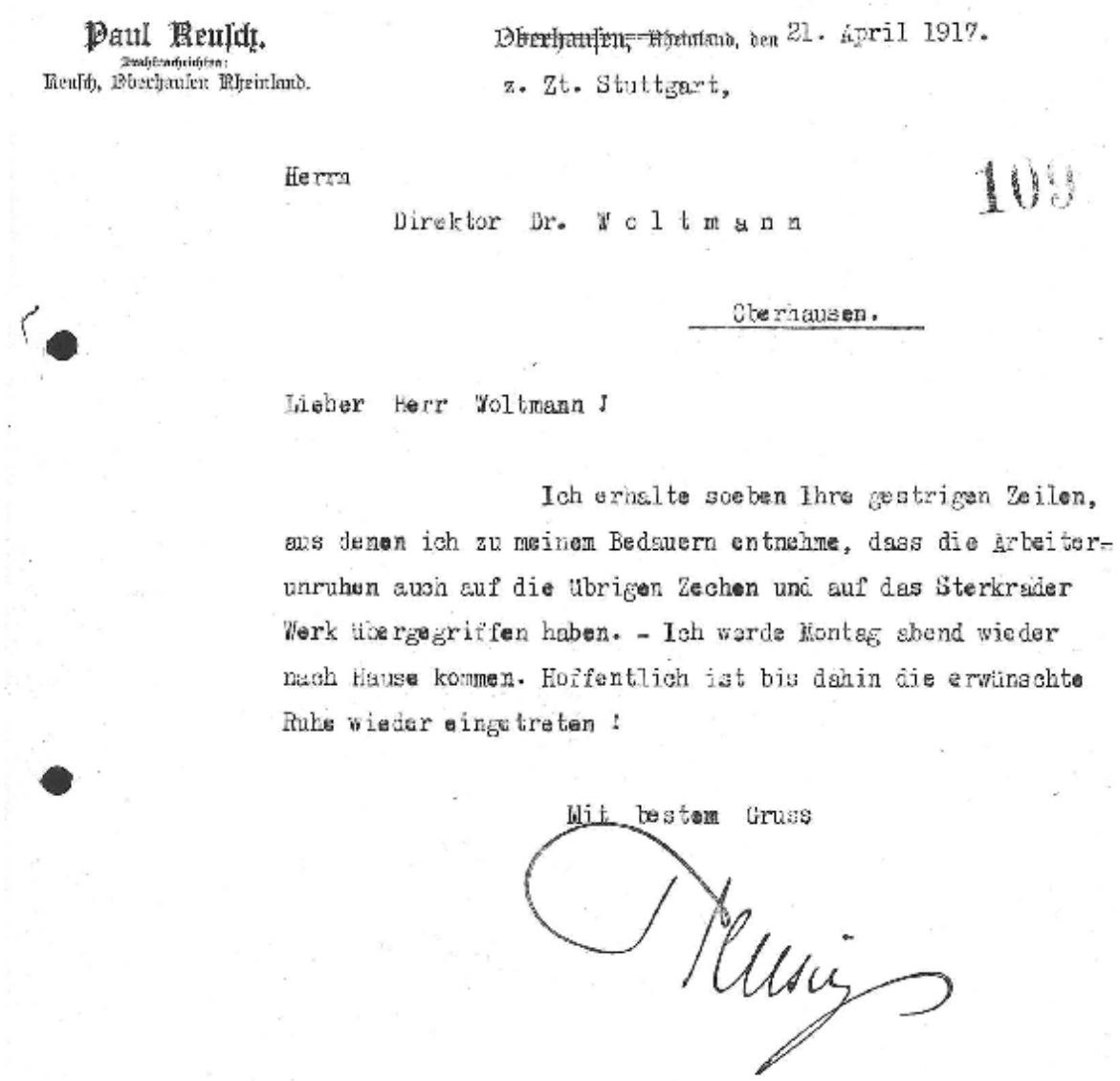
Mit bestem Gruss

Anlage.

Reusch und Direktor Woltmann über die Streiklage

Arnold Woltmann, Stellvertreter Reuschs, intervenierte persönlich beim Generalkommando und erstattete seinem Generaldirektor Bericht: „Eben war ein Abgesandter des Generalkommandos bei mir bezüglich der sofortigen Einziehung der von uns von Neu-Oberhausen freigegebenen Leute. Danach scheint das Generalkommando doch bei näherer Überlegung zu der Ansicht gekommen zu sein, dass eine Einziehung notwendig ist. Ich habe

nochmals scharf den Standpunkt vertreten, dass eingezogen werden muss, nachdem die Leute des Thomaswerks und die Maschinisten des Martinwerks am Mittwoch erneut in den Ausstand getreten sind.“



Paul Reusch.
Drahtanschrift:
Reusch, Oberhausen Rheinland.

~~Oberhausen, Rheinland~~, den 21. April 1917.
z. Zt. Stuttgart,

Herrn
Direktor Dr. Woltmann
Oberhausen.

109

Lieber Herr Woltmann !

Ich erhalte soeben Ihre gestrigen Zeilen, aus denen ich zu meinem Bedauern entnehme, dass die Arbeiterunruhen auch auf die übrigen Zechen und auf das Sterkrader Werk übergegriffen haben. - Ich werde Montag abend wieder nach Hause kommen. Hoffentlich ist bis dahin die erwünschte Ruhe wieder eingetreten !

Mit bestem Gruss

Reusch und Direktor Woltmann über die Streiklage

Tatsächlich teilte das Generalkommando Mitte Dezember 1917 mit, es habe eine Anzahl der an Arbeitsniederlegungen beteiligten, bis dahin vom Kriegsdienst zurückgestellten Arbeiter einberufen. Dem Arbeiterausschuss wurde aufgegeben, „dies den beteiligten Arbeitern mitzuteilen und seinerseits durch dringende Warnung an die Arbeiter und mit allen sonst möglichen Mitteln dafür zu sorgen, dass die von der Leitung des Werkes im dringenden Heeresinteresse verlangten Arbeiten (…) ausgeführt werden.“

Aber nicht nur die GHH-Werksleitung, auch die Gewerkschaften bekämpften die aus den Reihen der Belegschaft heraus mehr oder weniger spontan entstehenden Aktionen. Die

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, zu der auch der DMV gehörte, sprach im April 1917 von „Revolutionsspielereien“, für die der soeben gegründete Spartakusbund verantwortlich sei. Der CMV stand dem nicht nach und erklärte, „unbesonnene Arbeitseinstellungen (seien) im vaterländischen Interesse zu verurteilen.“

Die Haltung der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst auch von der GHH-Belegschaft gewählten Arbeiterausschüsse war nicht so eindeutig. Einerseits waren sie dem Druck der Direktoren ausgesetzt, die sie als Hilfskraft für ihre Zwecke einsetzen wollten, insbesondere für die Gewährleistung einer reibungslosen Kriegsproduktion. Andererseits standen sie aber auch unter dem Einfluss der Stimmungen im Betrieb. So verweigerte der Arbeiterausschuss im Thomaswerk im November 1917 beispielsweise die Nachtarbeit. Die Arbeiterausschüsse scheinen den Ausweg aus dieser Zwickmühle oft in der Anrufung der Schlichtungsausschüsse gesucht zu haben, die ebenfalls entsprechend den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes gebildet worden waren. Ihnen gehörten je zwei Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie zwei höhere Staatsbeamte an. Den Vorsitz hatte ein Offizier. Da alle Mitglieder der Schlichtungsausschüsse vom Staat ernannt wurden, kann man sich leicht vorstellen, wie sie in aller Regel entschieden. Beispielhaft hier der Schiedsspruch des Hamborner Schlichtungsausschusses in Sachen Verkürzung der Sonntagsschicht, die vom Arbeiterausschuss der GHH Sterkrade beantragt worden war. Es möge zwar „zugegeben werden, dass die Verkürzung der Sonntagsschicht dazu beiträgt, die Arbeiter körperlich widerstandsfähiger zu machen und ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten“, hieß es da. Der Schlichtungsausschuss sehe sich aber dennoch „auch bei größtem Wohlwollen gegenüber der Arbeiterschaft“ nicht in der Lage, der Forderung stattzugeben. Eine Arbeitszeitverkürzung würde nämlich „die Kampfkraft der Truppen beeinträchtigen und die Kampfführung in Gefahr bringen.“

Bis zur Mitte 1918 scheint es dann auf der GHH verhältnismäßig ruhig gewesen zu sein. Größere Aktionen sind in den Akten nicht verzeichnet. Ein im Januar vor allem in Berlin befolgter Massenstreik der Metallarbeiter fand in Oberhausen offensichtlich kein Echo. Stattdessen meldete der CMV selbstzufrieden 33 erfolgreiche Lohnbewegungen und forderte seine Mitglieder auf, sich durch Zeichnung von Kriegsanleihen an der Finanzierung des Krieges zu beteiligen. „Deutschland hat den Krieg gewonnen“, hieß es im Juni in der Oberhausener Volkszeitung. Eine etwas voreilige Feststellung, wie sich ein halbes Jahr später herausstellte. Doch CMV und OVZ befanden sich in guter Gesellschaft. Denn auch Paul Reusch hatte im März 1918 versichert: „Am endgültigen Sieg unserer Waffen ist heute nicht mehr zu zweifeln.“ Auch er rief zur Zeichnung der Kriegsanleihen auf – hatte aber

selbst seine Anleihen längst verkauft und vom Erlös ein herrschaftliches Anwesen in Süddeutschland erworben.

Doch unter der Oberfläche, auf der offizielle Gewerkschaftsführer mit dem Konzernherrn ungebrochene Siegeszuversicht zur Schau trugen, brodelte es weiter. Im Juli 1918 erhob eine große Arbeiterversammlung auf der Eisenhütte Oberhausen Forderungen nach Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartei. Außerdem wurde die Gleichstellung der Betriebshandwerker und Maschinisten mit den Walzwerkarbeitern verlangt. In der Duisburger Tonhalle fand am 6. Juli eine gemeinsame Kundgebung der drei Metallarbeiter-Gewerkschaften statt, an der 2.000 Vertrauensleute teilnahmen. Sie forderten Arbeitszeitbegrenzung auf nicht mehr als 56 Stunden wöchentlich und „Sicherstellung der Ernährung der Arbeiterschaft“. Am 13. Juli folgte eine gemeinsame Versammlung der drei Gewerkschaften im Haus Union mit tausend Teilnehmern, die die gleichen Forderungen vertrat und die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung bei entsprechendem Lohnausgleich mit dem hohen Krankenstand begründete. Mitte des Monats kam es an den Hochöfen zu Arbeitsniederlegungen für die 56-Stundenwoche, die aber angeblich nicht sehr zahlreich befolgt wurden. Immerhin fanden darüber Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuss und der Betriebsleitung statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Auch in der Handschmiede wurde gestreikt, ebenfalls ohne große Beteiligung und ohne Resultat. Vor allem die Jugendlichen, die noch vor der Verschickung an die Front geschützt waren, scheinen sich bei den Streikaktionen hervorgetan zu haben. Jedenfalls wurden sie in der zweiten Julihälfte von der Betriebsleitung mit Lohnabzug bestraft, wogegen der Arbeiterausschuss ohne Erfolg Einspruch erhob.

Eine besondere Rolle spielten die Frauen, neben den Jugendlichen die zweite Personengruppe, die nicht an die Front strafversetzt werden konnte. Sie waren offensichtlich besonders respektlos, was die kleinen und großen Vorgesetzten im Betrieb, denen die Frauen bis dahin als zu vernachlässigende Größe gegolten hatten, auch besonders provozierte. „Sie saßen ohne zu arbeiten in den Werkstätten herum“, empörte sich einer, nachdem 144 Geschossabnehmerinnen der Abteilung Sterkrade am 7. August 1918 die Arbeit niedergelegt hatten. Und sie saßen nicht nur herum, sie machten sich auch noch über die Betriebs-Obrigkeit lustig, wie ein anderer nach oben meldete: „Die Frauen haben die Arbeit einfach niedergelegt, ohne irgendwie an mich herangetreten zu sein. Als ich hörte, dass in der Abnahme die Arbeit eingestellt sei, bin ich hingegangen und habe sie gruppenweise gefragt, ob sie weiterarbeiten wollen. Sie haben mir geantwortet: ‚Wenn wir nicht sofort Zulage bekommen, arbeiten wir nicht.‘ Daraufhin habe ich sie hinausgewiesen. Nachdem ich die letzte Werkstatt gesäubert hatte, waren sie in die erste wieder hineingekommen. Dort wurde ich mit Gejohle und Gelächter empfangen.“ Ja, sie sollen

sogar höhnisch die beiden Hymnen des preußischen Militarismus, die „Wacht am Rhein“ und „Heil Dir im Siegerkranz“ gesungen haben.

Auch in den letzten Kriegsmonaten nahmen die Gewerkschaften die ihnen vom Hilfsdienstgesetz zugewiesene Rolle als Helfer bei der Mobilisierung der letzten Reserven für den Krieg wahr. So etwa im Juni 1918, als im Walzwerk Oberhausen und im Walzwerk Neu-Oberhausen angesichts drohender Streiks für eine verkürzte Samstagsschicht folgender Aufruf der drei Organisationen ausgehängt wurde: „Die Organisationsleitungen haben in einer Sitzung mit dem Generalkommando in Münster die Vereinbarung getroffen, dass unter allen Umständen der Betrieb heute nicht ruhen dürfe. Es soll gearbeitet werden wie an früheren Samstagen.“

Die Arbeiterausschüsse scheinen sich zumindest tendenziell unterschiedlich positioniert zu haben. Ein Beispiel für geradezu unterwürfiges Verhalten lieferten auf der einen Seite Mitglieder des Arbeiterausschusses der Eisenhütte Oberhausen im Juli 1918.[1] Sie trugen dem leitenden Direktor des Betriebes die Forderung der Kollegen nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 56 Stunden vor. Seine Antwort: „Kommt überhaupt nicht in Frage!“ Die Hochofenproduktion lasse das nicht zu. Ein Ausschussmitglied versuchte wohl noch, die schlechte Ernährungslage und den gestiegenen Krankenstand ins Feld zu führen und bat um nochmalige Erwägung einer „teilweisen Stillsetzung der Hochofenanlage unter Abwechslung der Arbeitskräfte“, um die Arbeitszeit wenigstens etwas herabsetzen zu können. Doch die Betriebsleitung blieb hart, worauf ein weiteres Ausschussmitglied die „Erklärungen der Herren der Betriebsleitung“ im Namen seiner Kollegen anerkannte. Die möge aber bitte Verständnis dafür haben, dass es schwierig sei, „die Leute zu beruhigen.“ Am Ende knickten die Arbeitervertreter dann auf der ganzen Linie ein und erklärten: „Auch nach unserem Dafürhalten dürfte die Durchführung der 56-stündigen Arbeitszeit auf unserem Werke nicht möglich sein. Wir werden das Möglichste zur Aufklärung und Beruhigung der Leute tun und bitten, falls dennoch etwaige Vorkommnisse eintreten sollten, nicht den Arbeiterausschuss (als) verantwortlich zu betrachten.“

Immerhin etwas selbstbewusster traten andererseits die Belegschaftsvertreter im Walzwerk Neu-Oberhausen auf. Auf die Ablehnung einer Verminderung der Arbeitszeit am Samstag antwortete der Wortführer des Arbeiterausschusses lapidar, er würde darüber den Arbeitern Mitteilung machen, „müsse aber darauf hinweisen, dass den Arbeiterausschuss nicht die Verantwortung dafür treffe, wenn die Arbeiter nicht zufrieden seien und die Arbeit nicht in der

[1] Von den Standpunkten der Arbeitervertreter haben wir nur aus den von Arbeitgebervertretern geführten Protokollen Kenntnis. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie dort mitunter verzerrt wiedergegeben sind.

von der Werksleitung gewünschten Weise weiter fortführen. Der Ausschuss stehe den Verhältnissen machtlos gegenüber.“

Den vom Hilfsdienstgesetz abgesteckten Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Konzern zur Steigerung der Kriegsanstrengungen verließ auch der Arbeiterausschuss von Neu-Oberhausen nicht, selbst als die militärische Niederlage und der Zusammenbruch des Kaiserreiches greifbar waren. So führte Ausschuss-Sprecher Oberdries in einer gemeinsamen Sitzung mit der Werksleitung am 7. November 1918 aus: „Unsere Zukunft liegt schwarz vor uns, wir wissen aber auch, dass es mehr denn je unsere Aufgabe sein muss, gemeinsam mit den Werksleitungen der Industriebezirke die schwerwiegenden Fragen zu regeln, denn unser Vaterland verträgt jetzt keine Störungen. Ich setze den gesunden Sinn der Arbeitgeber voraus, dass sie der Zeit Rechnung tragen und gewillt sind, gemeinsam mit uns am neuen Deutschland aufzubauen, das uns allen sehr nahe steht.“ Direktor Lueg antwortete: „Ich schließe mich dem voll an.“